



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung: Dezentrale Bürgerenergiegewende vor Ort statt Endlosplanungen und Kostenexplosion durch HGÜ-Erdverkabelung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die beiden geplanten HGÜ-Leitungen Süd-Ost-Passage und SuedLink mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht bis Ende 2022 fertiggestellt sein werden und daher zum Zeitpunkt der Abschaltung des letzten Kernkraftwerks in Bayern keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, von beiden Leitungen Abstand zu nehmen und stattdessen auf eine dezentrale Energiegewende vor Ort mit Kommunen und Bürgern zu setzen.

Begründung:

Die Parteivorsitzenden der Großen Koalition im Bund haben am 1. Juli 2015 beschlossen, dass sowohl die Süd-Ost-Passage als auch der SuedLink realisiert werden sollen. Bei beiden Leitungen sollen Erdkabel in der Bundesfachplanung Vorrang erhalten. Bestandstrassen sollen stärker als bisher genutzt und der Netzknotenpunkt Isar bei Landshut als südlicher Endpunkt geprüft werden.

Eine fundierte Überprüfung der Notwendigkeit der beiden Leitungen sieht die Vereinbarung der Großen Koalition nicht vor. Dies ist umso unverständlicher, da Ministerpräsident Seehofer noch am 13. Juni 2015 im Rahmen einer Kundgebung von Bürgerinitiativen gegen den SuedLink in Bad Brückenau wörtlich erklärte: „Wenn man diese beiden Punkte zur Grundlage machen würde, dezentrale Energieversorgung plus Energieeinsparen, sind nach meiner Überzeugung neue Trassen nicht notwendig.“

Der Vorrang der Erdverkabelung sowie die neue Trassenführung machen zudem grundlegend neue Planungen notwendig. Schon nach den bisherigen Planungen war eine Fertigstellung der beiden Leitungen bis zur Abschaltung des letzten bayerischen Kernkraftwerks nicht realistisch. Mit den neuen Parametern wird sich der Zeitpunkt der Fertigstellung noch einmal erheblich verzögern. Den angeblich zwingenden Beitrag zur Versorgungssicherheit bis Ende 2022 können also beide Leitungen nicht leisten.

Die vorgesehene Erdverkabelung wird zudem zu einer weiteren Kostenexplosion führen. Die Investitionskosten liegen bei Erdkabel mindestens um den Faktor drei über denen von Freileitungen, abhängig von den örtlichen Gegebenheiten sogar noch deutlich darüber. Diese Milliardenkosten müssen vollumfänglich von den Stromverbrauchern getragen werden.

Erheblich sinnvoller wäre daher ein massiv verstärkter Ausbau der Erneuerbaren Energien vor Ort in Bayern. Im Zusammenhang mit besseren Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke wäre das volkswirtschaftlich erheblich vernünftiger, als teure HGÜ-Trassen, die selbst bei einer Erdverkabelung dauerhaft bis zu 30 Meter breite Schneisen in die bayerische Landschaft schlagen.